

Bundestagswahl | 15.09.2017 | Lesezeit 3 Min.

Steuern: Entlastung von der Belastung

In ihren Wahlprogrammen versprechen die derzeitigen Regierungsparteien CDU/CSU und SPD den Bundesbürgern weniger Steuern und Sozialabgaben. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat sich die Konzepte genauer angesehen und ausgerechnet, was dabei für verschiedene Haushaltstypen herauskommen würde.

Die Konjunktur läuft rund, der Arbeitsmarkt boomt, die Steuern sprudeln – sprich: Die Kassen sind voll. Ergo erwarten die Steuerzahler, dass ihnen der Staat künftig etwas mehr von ihrem Bruttoeinkommen übrig lässt. Zu Recht, denn je nach Haushaltstyp ist die Steuer- und Abgabenbelastung seit 2010 um 1,5 bis 3,2 Prozent des Haushaltseinkommens gestiegen – am stärksten ausgerechnet für verheiratete und unverheiratete Paare mit Kindern.

Das IW Köln hat die Steuer- und Abgabenpläne der Regierungsparteien (Kasten unten) deshalb auch daraufhin untersucht, ob und wie stark sie diese zusätzlichen Belastungen abbauen würden. Zwei Beispiele:

Kinderlose würden von Union und SPD steuerlich nur leicht entlastet

Singles ohne Kinder. In den Einkommensklassen 22.000 Euro (Geringverdiener), 50.000 Euro (Mittelverdiener) und 75.000 Euro (Gutverdiener) müssen Singles derzeit zwischen 29,7 und 43,8 Prozent ihres Haushaltseinkommens ans Finanzamt und an die

Sozialversicherungen abführen (Grafik) – das sind 1,6 bis 1,8 Prozent mehr als 2010.

Ein Vergleich der Steuerkonzepte von Union und SPD zeigt, dass Geringverdiener in beiden Fällen etwa gleich stark entlastet würden – um 0,9 beziehungsweise 1 Prozent ihres Bruttoeinkommens. Mittelverdiener dagegen würden von der SPD etwas stärker entlastet (1,8 Prozent) als bei der Union (1,4 Prozent). Gutverdiener wiederum schneiden im Unions-Konzept besser ab (1,5 Prozent) als bei der SPD (1 Prozent). Das heißt: Außer für Mittelverdiener im SPD-Modell bleiben die Entlastungen für alle Singles hinter den Zusatzbelastungen seit 2010 zurück.


Steuerpläne: Das ändert sich für Singles ohne Kinder

in Euro pro Jahr




Status quo

Bruttohaushaltseinkommen	22.000	50.000	75.000
Zu versteuerndes Haushaltseinkommen	17.455	40.990	64.190
Einkommenssteuer plus Solidaritätszuschlag	1.955	9.624	19.501
Sozialbeiträge	4.571	10.388	13.318
Gesamtbelastung 2017	6.526	20.012	32.819
- in Prozent des Haushaltseinkommens	29,7 	40,0 	43,8 

SPD-Variante

Gesamtbelastung	6.329	19.114	32.108
- in Prozent des Haushaltseinkommens	28,8 	38,2 	42,8 
Veränderung der Belastung	-197	-898	-711

CDU/CSU-Variante

Gesamtbelastung	6.317	19.327	31.693
- in Prozent des Haushaltseinkommens	28,7 	38,7 	42,3 
Veränderung der Belastung	-209	-685	-1.126

Sozialbeiträge: nur Arbeitnehmerbeitrag; Annahmen: Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, steuerliche Abzüge werden bei der Berechnung der Einkommenssteuer berücksichtigt

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd

Familien kommen in den Steuerplänen besser weg

Ehepaare mit zwei Kindern. Weil die Anpassung des Kindergelds geringer ausfiel als die nominalen Lohnsteigerungen, ist die Abgabenbelastung von Familien seit 2010 mit 1,9 bis 3 Prozent stärker gestiegen als die von kinderlosen Ehepaaren, die maximal 1,7 Prozent mehr abzuführen hatten. Allerdings ist das Abgabenniveau derzeit in allen drei Haushaltseinkommensgruppen für Paare mit Kindern deutlich niedriger als für kinderlose Paare.

Der Nachwuchs spielt in beiden Steuerkonzepten eine wichtige Rolle: Die SPD plant einen Kinderbonus, der verheirateten Eltern aber nur gewährt werden soll, wenn sie in das neue Ehegattensplitting-Modell wechseln (siehe [IW-Kurzbericht 59/2017](#)).

Verkehrte Welt: Bei der SPD sollen gutverdienende Familien steuerlich stärker entlastet werden als bei der CDU.

Die Union hat zwei Varianten für mehr Kindergeld und höhere Freibeträge im Köcher – ob die Variante A mit 217 Euro Kindergeld umgesetzt werden soll oder die Variante B mit 250 Euro, geht aus dem Wahlprogramm nicht eindeutig hervor. Das IW Köln hat beide durchgerechnet. Das Ergebnis (Grafik):

Geringverdiener werden in beiden Varianten von CDU/CSU stärker entlastet als im SPD-Konzept.

Steuerpläne: Das ändert sich für Ehepaare mit zwei Kindern

in Euro pro Jahr

Status quo

Bruttoeinkommen Hauptverdiener	40.000	60.000	75.000
Bruttoeinkommen Partner	0	25.000	35.000
Bruttohaushaltseinkommen	40.000	85.000	110.000
Zu versteuerndes Haushaltseinkommen	32.685	55.601	78.078
Einkommenssteuer plus Solidaritätszuschlag minus Kindergeld	-1.465	10.007	17.776
Sozialbeiträge	8.210	16.692	20.372
Gesamtbelastung 2017	6.745	26.699	38.148

- in Prozent des Haushaltseinkommens **16,9**  **31,4**  **34,7** 

SPD-Variante

Gesamtbelastung	5.974	25.107	35.931
- in Prozent des Haushaltseinkommens	14,9 	29,5 	32,7 
Veränderung der Belastung	-771	-1.592	-2.217

CDU/CSU-Variante A

Gesamtbelastung	5.800	25.103	36.445
- in Prozent des Haushaltseinkommens	14,5 	29,5 	33,1 
Veränderung der Belastung	-945	-1.592	-1.703

CDU/CSU-Variante B

Gesamtbelastung	5.008	24.287	35.859
- in Prozent des Haushaltseinkommens	12,5 	28,6 	32,6 
Veränderung der Belastung	-1.737	-2.412	-2.289

Sozialbeiträge: nur Arbeitnehmerbeitrag; CDU/CSU-Variante A: minimale Entlastung, 25 Euro mehr Kindergeld pro Kind und Monat, Freibetrag steigt von 4.716 Euro auf 5.330 Euro; CDU/CSU-Variante B: maximale Entlastung, Kindergeld steigt auf 250 Euro pro Kind und Monat, Kinderfreibetrag auf 6.180 Euro (8.820 Euro inkl. Betreuungsfreibetrag); Annahmen: Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, steuerliche Abzüge werden bei der Berechnung der Einkommenssteuer berücksichtigt

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd

Allerdings schafft es die Union nur in der Variante mit 250 Euro Kindergeld, die zusätzlichen Belastungen zu kompensieren - mit einer Entlastung von 4,3 Prozent des Haushaltseinkommens wären die Zusatzbelastungen von 3 Prozent seit 2010 sogar mehr als ausgeglichen. Für Familien mit mittlerem Einkommen sind das SPD-Konzept und die Variante A der Union mit Entlastungen von jeweils 1,9 Prozent zwar gleichwertig, beide können aber die Mehrbelastungen seit 2010 nicht wettmachen.

Gutverdiener-Familien schneiden bei der SPD mit einer Entlastung von 2 Prozent deutlich besser ab als in der Variante A der Union mit 1,5 Prozent; die Entlastung ist sogar höher als die früheren Zusatzbelastungen. CDU/CSU schaffen das nur, wenn sie das höhere Kindergeld einführen.

Die Steuerpläne von Union und SPD

Diese geplanten Änderungen bei Steuern und Abgaben sind in die IW-Beispielrechnungen eingegangen (Details im IW policy paper 14/2017):

SPD

1. Paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen: jeweils 7,85 Prozent für Arbeitgeber und Arbeitnehmer
2. Tarifierpassungen bei der Einkommenssteuer laut Wahlprogramm
3. Abschaffung des Solidaritätszuschlags für zu versteuernde Einkommen unter 52.000 Euro
4. Neues Ehegattensplitting-Modell mit Einschränkung des übertragbaren Einkommens auf 20.000 Euro und Kinderbonus von 150 Euro pro Kind und Elternteil im Jahr

CDU/CSU

1. Tarifierpassungen bei der Einkommenssteuer: Verschiebung der ersten Tarifgrenze auf 16.969 Euro (IW-Berechnung), Spitzensteuersatz 42 Prozent ab 60.000 Euro
2. Zwei Varianten bei Kindergeld und Kinderfreibetrag:
A - Minimale Entlastung: 25 Euro mehr Kindergeld pro Kind und Monat, Freibetrag steigt von 4.716 Euro auf 5.330 Euro
B - Maximale Entlastung: Kindergeld steigt auf 250 Euro pro Kind und Monat, Kinderfreibetrag auf 6.180 Euro (8.820 Euro inklusive Betreuungsfreibetrag)
3. Schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags über elf Jahre

Kernaussagen in Kürze:

- Die Steuer- und Abgabenbelastung ist je nach Haushaltstyp seit 2010 um 1,5 bis 3,2 Prozent des Einkommens gestiegen.
- Beide derzeitigen Regierungsparteien versprechen in ihren Wahlprogrammen steuerliche Entlastungen – für kinderlose Singles fallen diese nach Berechnungen des IW Köln jedoch eher spärlich aus.
- Familien würden stärker profitieren – dabei zeigt die Union ein Herz für Geringverdiener, während die gutverdienenden Haushalte mit Kindern nach den SPD-Plänen besser abschneiden.